



## CORONA-UPDATE 8/1

28.1.2021

### **MINISTERPRÄSIDENTIN DREYER / REGIERUNGSERKLÄRUNG: SCHÜTZEN UND UNTERSTÜTZEN – GEMEINSAM DIE PANDEMIE ÜBERWINDEN**

„Die harten Maßnahmen des Shutdowns wirken und die Infektionszahlen in Rheinland-Pfalz sinken. Dafür danke ich zu allererst den Bürgern und Bürgerinnen. Dennoch gibt es noch keinen Anlass zur Entwarnung. Aufgrund der Zunahme des mutierten Coronavirus in allen Nachbarbundesländern ergreift die Landesregierung zusätzliche Schutzmaßnahmen. Deswegen wird der Wechselunterricht für Grundschulen nicht wie geplant am 1. Februar starten.“ Das hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer heute in einer Regierungserklärung im Landtag gesagt.

Beim Thema Impfen bekräftigte sie die Notwendigkeit von mehr Planungssicherheit und forderte einen Impfgipfel. „Bundesregierung, Länderchefs, Pharmaindustrie, Zulieferer und die Zuständigen der EU müssen an einen Tisch. Wir brauchen einen klaren und transparenten nationalen Impfstoff-Plan für die kommenden Monate“, so die Ministerpräsidentin. Ihr Ziel sei ganz klar: Jede/r Bürger/-in in Rheinland-Pfalz solle bis zum Ende des Sommers ein Impfangebot erhalten. „Wir haben dafür die Infrastruktur geschaffen. Dazu aber brauchen wir genügend Impfstoff und die Planungssicherheit, wieviel von welchem Impfstoff wann zur Verfügung stehen wird. Wir sind vorbereitet und könnten mindestens 20.000 Menschen pro Tag impfen, sobald wir genügend Impfdosen haben. Aber Fakt ist, dass es derzeit noch zu wenig Impflieferungen gibt.“ Trotz der Lieferengpässe sei die Zweitimpfung sichergestellt. „Wer Zweifel sät, hilft den Menschen nicht, sondern verstärkt bloß bestehende Unsicherheit. Ich danke allen, die diese gigantische logistische und personelle Leistung bewältigen, vor allem unseren Kommunen mit ihren Impfzentren.“

„Wir setzen alles daran, dass kein Kind und kein junger Erwachsener zum Verlierer der Pandemie wird“, sagte Dreyer weiter. Die Landesregierung habe bisher in dieser Krise alle Entscheidungen mit Augenmaß vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden Infektionslage getroffen. „Wir tun weiterhin, was verantwortbar und erforderlich ist. Eigentlich war geplant, mit der Rückkehr zum Wechselunterricht in unseren Schulen kommende Woche zu beginnen, da wir wissen, dass Kinder ihre Freunde brauchen. Und dass sie den Lernort Schule brauchen. Weil aber in unseren unmittelbaren Nachbarländern in den letzten Tagen die neue Virus-Variante und weitere Virusmutationen aufgetreten sind, haben wir uns gestern und heute früh noch einmal mit den Experten der Universitätsmedizin Mainz beraten und beschlossen, den Beginn des Wechselunterrichts in den Grundschulen zu verschieben. Wir nehmen uns



## CORONA-UPDATE 8/1

---

die notwendige Zeit, um die Lage in Ruhe zu bewerten. Wir haben immer gesagt, wir wollen mehr Schule ermöglichen, aber nur, wenn die Infektionslage es zulässt“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Für den dringenden Bedarf in Familien, die keine Betreuung ermöglichen können, bleibe die KiTa geöffnet. „Aber wir erhöhen den Schutz für die Erzieher, Erzieherinnen und die Kinder“, so die Ministerpräsidentin. Die Landesregierung habe ein Hygienepaket geschnürt. Für jede Kita stünden 1000 Euro bereit, mit denen die Träger für jede Erzieherin und jeden Erzieher zusätzliche medizinische Masken, Desinfektionsmittel und weitere Schutzausrüstung erwerben können. Beschäftigte in den Einrichtungen können sich jederzeit testen lassen.

Rheinland-Pfalz unterstütze die Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen konsequent. Die Zahl der Testungen sei nochmals deutlich erhöht worden. Zudem werde das Land die Kapazitäten ausweiten, positive Proben auf die Mutation hin zu untersuchen. „Gleich nach der Zulassung des BioNTech-Pfizer-Impfstoffs haben wir am 27. Dezember mit mobilen Teams in Alten- und Pflegeheimen mit dem Impfen begonnen. Für Menschen über 80 Jahre und andere Personen der Priorität 1 sind unsere Impfzentren seit dem 7. Januar geöffnet“, sagte Dreyer. Rheinland-Pfalz gehöre zur Spitzengruppe der Bundesrepublik bei der Quote der geimpften Menschen. „Und wir haben verpflichtende Tests angeordnet und werden sie auch nach den Impfungen fortführen. Damit lassen wir die Einrichtungen nicht allein. In der ‚Kriseneinheit des Landes für die Pflege- und Altenheime‘ unterstützen lokale Gruppen der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz zusammen mit Ehrenamtlichen und der Bundeswehr die Pflegeheime bei der Durchführung von Antigen-Schnelltests“, so die Ministerpräsidentin. Mit den „Helfenden Händen“ habe die Landesregierung ein zusätzliches Freiwilligennetzwerk organisiert.

Für große Teile der Wirtschaft sei der zweite Shutdown eine Katastrophe. Besonders hart treffe er die Soloselbständigen, den Einzelhandel, die kleinen und mittelständischen, oft familiengeführten Unternehmen in unserem Land, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Über 90 Prozent der Antragsteller von Novemberhilfen haben durch den Bund Abschlüsse ausgezahlt bekommen. Über ein Drittel sind zwischenzeitlich endgültig bearbeitet. Wir gehen davon aus, dass in den kommenden beiden Wochen alle Anträge aus der Novemberhilfe abgearbeitet sind und auch die Dezemberhilfen zügig ankommen“, sagte Dreyer. Rheinland-Pfalz habe sich auf Bundesebene erfolgreich für Verbesserungen bei den Wirtschaftshilfen eingesetzt. Die Beantragung der Überbrückungshilfe III werde nun deutlich einfacher, die Förderung großzügiger und sie stehe einem größeren Kreis von Unternehmen zur Verfügung. Der Bund habe zugesichert, dass die Abschlüsse endlich im Februar



## CORONA-UPDATE 8/1

---

ausgezahlt werden. Ferner seien die Neustarthilfe für Selbstständige verbessert und die besonderen Herausforderungen des Einzelhandels berücksichtigt worden. Beim Thema Homeoffice setze die Landesregierung auf sozialpartnerschaftliches Vorgehen und vertrauensvolle Gespräche mit allen Beteiligten.

„Wir wollen diese einschneidende Krise auch nutzen, um in Rheinland-Pfalz die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Dazu legen wir jetzt ein Konjunkturpaket für Rheinland-Pfalz auf, das die notwendigen Impulse gibt und gleichzeitig den Erfolg unserer Wirtschaft auch in den nächsten Jahrzehnten sichert. Hierfür geben wir aus dem Nachtragshaushalt fast 100 Millionen Euro aus. Unser Paket besteht aus Investitionsförderung und Eigenkapitalstärkung. Uns geht es darum, Investitionen und Innovationen anzuregen, eine konjunkturelle Belebung in Rheinland-Pfalz zu flankieren. Wir fördern ganz gezielt Unternehmen, die die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen und sich umwelt- und klimafreundlich für die Zukunft aufstellen. Die Landesregierung setzt weiter alles daran, dass unsere Unternehmen die Krise bewältigen und gestärkt aus ihr hervorgehen!“, sagte die Ministerpräsidentin.

Das Pandemiegeschehen sei weiterhin dynamisch und stelle alle immer wieder vor neue Herausforderungen. Es werde zu Recht gefragt, wie es nach dem 14. Februar weitergehe. „Auf die Erarbeitung einer Perspektive haben wir uns bei den Bund-Länder-Gesprächen geeinigt und daran wird in allen Ländern gearbeitet. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir uns in Deutschland auf ein gleiches Vorgehen einigen. Wir brauchen ein Einvernehmen darüber, unter welchen Bedingungen welche Bereiche gelockert werden können oder wieder verschärft werden müssen“, so Dreyer weiter. Trotz aller Herausforderungen versicherte die Ministerpräsidentin: „Sie können darauf bauen, dass diese Landesregierung jeden Tag mit aller Kraft dafür arbeitet, die Krise zu überwinden und ein gutes Morgen und Übermorgen für alle in unserem Land zu schaffen.“

## **GESUNDHEITSMINISTERIN BÄTZING-LICHTENTHÄLER / IMPFKOORDINATOR DR. WILHELM: TERMINREGISTRIERUNGEN FÜR DIE SCHUTZIMPFUNGEN WEITER NUTZEN**

In Rheinland-Pfalz gab es bisher (Stand: 27. Januar 2021) insgesamt 139.626 Corona-Schutzimpfungen, davon 59.623 in Pflegeeinrichtungen (31.379 Bewohnerinnen und Bewohner und 28.244 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter), 16.651 in Krankenhäusern sowie 63.153 Impfungen in den Impfzentren des Landes.



## CORONA-UPDATE 8/1

---

Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler betonte die hohe Priorität der Zweitimpfungen. „In den Alten- und Pflegeheimen wurden bereits 4.053 Zweitimpfungen vollzogen, auch in den Krankenhäusern gab es inzwischen bereits 787 Zweitimpfungen.“

„Unser Ziel, bis Ende Januar 100.000 Menschen zu impfen, haben wir trotz aller Lieferengpässe bereits deutlich erreicht und bei den Impfungen in den Pflegeeinrichtungen kommen wir sehr gut voran. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch unser Ziel, bis Anfang Februar Impfungen in allen Einrichtungen durchgeführt haben, erreichen werden. Bislang konnten bereits Bewohnerinnen und Bewohner sowie Mitarbeiter in 416 der aktuell 474 stationären Pflegeeinrichtungen im Land geimpft werden“, lautete die Zwischenbilanz der Gesundheitsministerin.

Sie wies erneut darauf hin, dass es nach wie vor seitens des Bundes keine Angaben zu Liefermengen und -daten für Lieferungen des Impfstoffes Biontech nach dem 15. Februar gibt. „Damit fehlt uns als Land weiterhin die Sicherheit für die Planung der weiteren Impfungen. Gemeinsam auch mit anderen Bundesländern habe ich mich im Rahmen der Gesundheitsministerkonferenz erneut dafür eingesetzt, dass es schnell Planungssicherheit zu den Impfstofflieferungen geben muss“, so Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

Bei der Priorisierung im Rahmen der COVID-19-Impfempfehlung der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut (STIKO) können nicht alle Krankheitsbilder oder Impfindikationen berücksichtigt werden. Deshalb sind Einzelfallentscheidungen möglich. Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler informierte darüber, dass Rheinland-Pfalz gemeinsam mit Ernst Merz, dem früheren langjährigen Präsidenten des Landessozialgerichtes Rheinland-Pfalz, ein entsprechendes Verwaltungsverfahren entwickelt hat, um Personen, die nicht explizit in der Empfehlung der STIKO genannt sind, in die jeweilige Priorisierungskategorie einzuordnen. „Dies betrifft beispielsweise Personen mit seltenen, schweren Vorerkrankungen, für die bisher zwar keine ausreichende wissenschaftliche Evidenz bzgl. des Verlaufes einer COVID-19-Erkrankung vorliegt, für die aber ein erhöhtes Risiko angenommen werden kann“, erläuterte die Ministerin. Ein entsprechendes Antragsformular werde voraussichtlich bis Ende der Woche auf der Internetseite des Ministeriums zur Verfügung gestellt.

Staatssekretär und Impfkordinator Dr. Alexander Wilhelm rief dazu auf, die Möglichkeit zur Registrierung für einen Impftermin zu nutzen: „Weiterhin können sich alle Personen der Gruppe der höchsten Priorität für die Corona-Schutzimpfung in einem Impfzentrum registrieren“. Insbesondere in den Randzeiten und am Wochenende sei das Call-Center für die Registrierung aktuell gut erreichbar. „Alle



## CORONA-UPDATE 8/1

---

abgeschlossenen Registrierungen im Terminpool erhalten automatisch einen Termin für die Impfung im Impfzentrum, sobald Impfstoffe zur Verfügung stehen und weitere Termine vergeben werden können“, so Dr. Wilhelm.

Hinsichtlich der voraussichtlichen Zulassung des Impfstoffes von AstraZeneca erklärte der Impfkoordinator: „Die Zulassung durch die europäische Arzneimittel Agentur EMA wird voraussichtlich Ende dieser Woche erfolgen. Solange diese nicht erfolgt ist, können wir nicht sagen, wie dieser Impfstoff innerhalb der Impfstrategie des Landes eingesetzt werden kann.“

Die **Terminvergabe** ist im Internet unter [www.impftermin.rlp.de](http://www.impftermin.rlp.de), sowie telefonisch unter der 0800 / 57 58 100 (montags bis freitags von 7 Uhr bis 23 Uhr, an den Wochenenden zwischen 10 Uhr und 18 Uhr) erreichbar.

### AKTUELLER STAND HINSICHTLICH DES CORONAVIRUS

Am 26. Januar 2021 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 90.410 bestätigte SARS-CoV-2 Fälle, 2.380 Todesfälle und 74.594 genesene Fälle. 13.436 Menschen im Land waren an diesem Tag mit dem Coronavirus infiziert.

### INTENSIVKAPAZITÄTEN IN DEN KRANKENHÄUSERN

Am 26. Januar 2021 wurden 1.013 COVID-19-Patientinnen und -Patienten in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern behandelt. 168 von diesen wurden intensivmedizinisch behandelt, 132 der intensivmedizinisch Behandelten waren beatmungspflichtig. Insgesamt halten die rheinland-pfälzischen Krankenhäuser mehr als 1.600 Intensivbetten vor.